

GKKE-Rüstungsbericht verzeichnet Rückgang bei deutschen Waffenexporten

Die deutschen Rüstungsexporte sind 1997 in Vergleich zu den Werten im Vorjahr noch einmal zurückgegangen. Dies zeigt der zum Jahreswechsel von der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) vorgestellte „Rüstungsexportbericht 1998“; eine nun zum zweiten Mal von dem Zusammenschluß kirchlicher Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen erarbeitete Zusammenstellung der verfügbaren Daten zur deutschen Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern für das Jahr 1997.

Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI wurden, so der GKKE-Rüstungsbericht, im Berichtsjahr Großwaffen im Wert von 1,2 Milliarden Mark exportiert. Damit ist wieder das niederste Niveau seit Mitte der siebziger Jahre erreicht. Der deutsche Anteil am weltweiten Handel mit Großwaffen liegt demnach bei 2,3 Prozent, im Zeitraum 1994 bis 1996 waren es noch acht. Der überwiegende Teil bundesdeutscher Rüstungsexporte geht dabei in andere Industriestaaten. Bei-

spielsweise ließen sich für das Jahr 1997 keine Rüstungslieferungen nach Afrika verzeichnen. Der Anteil der Rüstungsausfuhren am gesamten deutschen Außenhandel beträgt 0,2 Prozent. Die Zahl der direkt vom Rüstungsexport abhängigen Arbeitsplätze schätzt die Arbeitsgruppe auf 15 000.

Ausdrücklich begrüßt die GKKE, der unter anderen die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* und die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste angehören, Pläne der neuen Bundesregierung im Bereich der Waffenexportkontrolle. Diese plant, daß künftig dem Parlament ein jährlicher Bericht über die deutschen Waffenausfuhren vorgelegt werden soll. Eine lange Forderung kirchlicher Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen ist indessen bereits umgesetzt: das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhielt einen Sitz im Bundessicherheitsrat. Angesichts dieser positiven Entwicklungen appelliert die GKKE an die Bundesregierung, auch auf EU-Ebene einen restriktiven Kurs bei der Genehmigung von Rüstungsexporten zu verfolgen. Eine pauschale Entwarnung wollen die Autoren der

GKKE nicht geben: Besorgt sind sie beispielsweise über den erneut zunehmende Waffenexport nach Südamerika. Einen besonderen Schwerpunkt legt der Bericht auf die ambivalente Entwicklung einer „Europäisierung der Rüstungsindustrie“. Diese sei einerseits unter rüstungsexportpolitischen Gesichtspunkten zu begrüßen. Durch den Abbau von Überkapazitäten verringere sich die Abhängigkeit von Ausfuhren in außereuropäische Länder. Andererseits könnten Rüstungskonzerne so ihre Exporte jeweils aus den Ländern abwickeln, in denen die lockersten Exportbestimmungen gelten. Dabei kritisieren die GKKE-Autoren die im EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte festgeschriebenen Kriterien zwar als noch nicht hinreichend. Ein notwendiger Schritt in Richtung auf eine einheitliche EU-Bewilligungspraxis sei damit jedoch getan. Erst recht aber keine Entwarnung geben will die GKKE bei den fortgesetzten deutschen Waffenlieferungen nach Indonesien und die Türkei. Beide Fälle unterstrichen, wie sehr bei Rüstungsgeschäften in Zukunft auf den Zusammenhang von Sicherheit, Demokratiefähigkeit und die Lage der Menschenrechte zu achten sei.

Bücher

Wolfgang Huber: Kirche in der Zeitenwende. Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche. Verlag Bertelsmannstiftung, Gütersloh 1998, 335 S. 44,- DM.

Die Kirche in der Zeitenwende ist eine Kirche in der Wendezeit: „Die Kirche der Zukunft wird sich entweder vor dem Säkularisierungsdruck in einen Winkel halböffentlicher Sonderexistenz zurückziehen und mit sich selbst beschäftigen. Oder sie wird in aller Öffentlichkeit ihr besonderes Profil zur

Geltung bringen und vertreten“ (243). Für Huber allerdings stellt sich diese Alternative nicht für eine Kirche, die sich ihrer Botschaft und ihres Auftrags bewußt ist oder dies von neuem wird. In argumentativer Strenge und vor dem Hintergrund einer sorgfältigen, oft gängige Klischees hinterfragenden Auseinandersetzung mit der aktuellen religiösen und kirchlichen Situation in Deutschland entwickelt der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg das Leitbild einer „offenen und öffentlichen“ Kirche, die sich ihrer missionarischen Aufgabe stellt. Dabei betont Huber wieder und wieder: Erste Aufgabe der Kirche ist es, das Glaubensthema zur Sprache zu bringen. Nur

eine Kirche, die in diesem Sinne bei ihrer Sache ist, die als Gemeinschaft Glauben bezeugt und auch feiert, kann öffentliche Kirche sein. Vom Leitgedanken der öffentlichen Mission bestimmt der Autor ihren spezifischen Ort und Auftrag als den einer sich nicht mehr länger „staatsanalog“ begreifenden, „intermediären Institution in der Zivilgesellschaft“. In drei Aspekte entfaltet er diesen Auftrag: in die Bildungsverantwortung der Kirche, ihre politische Verantwortung im Eintreten für Gerechtigkeit, Menschenrechte, für Frieden und Bewahrung der Natur und in ihre Sorge für eine „Kultur des Helfens“. Hubers Studie steht dabei in einer Reihe von Beiträgen prominenter

Wissenschaftler, die – auf Initiative der Bertelsmannstiftung hin – sich der Orientierungskrise der pluralistischen Gesellschaft und der Suche nach orientierungsvermittelnden Institutionen widmen. Den spezifischen „orientierenden“ Beitrag der Kirche entwickelt Huber exemplarisch aus dem christlichen Konzept der „Freiheit aus dem Glauben“; ein Freiheitsverständnis mithin, das eben den kommunikativen und kooperativen Charakter von Freiheit zeigen kann angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik, die es nötig macht, Individualität und Sozietät, Selbstbestimmung und Solidarität in neue Balance zu bringen. Reizvoll an diesem Buch ist besonders, daß der Autor beides zusammenbringt. Eine sprachmächtig vorgetragene „öffentliche“ Ekklesiologie auf hohem Niveau und die pragmatisch nüchterne Sichtweise des Bischofs in einem „gewöhnheits-atheistischen“ Umfeld, der in seiner Studie beispielsweise auch erkennbar geprägt ist von den Auseinandersetzungen um L-E-R in den Schulen von Berlin-Brandenburg. A. F.

Paul Weß: Einmütig. Gemeinsam entscheiden in Gemeinde und Kirche. Druck- und Verlagshaus Thaur, Thaur 1998. 549 S. 49,80 DM.

Der Autor wirkte 30 Jahre in der Pfarrgemeinde Machstraße in Wien. Dort wurde versucht, die „Visionen des Zweiten Vatikanischen Konzils“ in die Realität umzusetzen. Von dort her reflektiert Weß theologisch die tatsächlichen oder die ihm möglich erscheinenden Wege der Entscheidungsfindung in der Kirche.

Die Stärke des Buches liegt dort, wo es gegenwärtige Hindernisse gemeinsamer Entscheidungsfindung analysiert. Unter dem Stichwort „Hierokratie, Absolutismus“ ist die Kirche nach Weß einer Grundversuchung des Menschen erlegen, nämlich sein zu wollen wie Gott (37–46). In ungueter Inkulturation habe sich bereits die alte Kirche den Ordnungsmustern der

Gesellschaft angepaßt. Die Vorstellung, Gott verleihe den Amtsträgern göttliche Kräfte, sei die tiefere Grundlage der Papstdogmen des I. Vatikanums, dem der Unfehlbarkeit (45) und dem des Jurisdiktionsprimats (92). Sie sind auf dem Zweiten Vatikanum nicht korrigiert worden. Beides sei aber möglich gewesen. Das letzte Konzil habe die frühere Lehre von der absoluten Inerranz der Schrift mit dem Hinweis auf die menschliche Verfasserschaft der Hagiographen in der Begrenztheit ihres Wissens revidiert (45). Auch bei päpstlichen Definitionen sei mit beigemischten Irrtümern zu rechnen. Zum Jurisdiktionsprimat habe das Zweite Vatikanum zwar Neuansätze zu einer Communio-Theologie formuliert. Ihnen begegne aber die „Erläuternde Vorbeziehung“ zum Verständnis der hierarchischen Verfassung der Kirche. Hier und öfter überzeugt der Autor durch seinen klaren Blick auf die kirchliche Realität und durch seine deutliche, nicht gewundene Sprache. Weß geht jedoch über die Analyse hinaus. Er unterwirft sich der Notwendigkeit, in jedem Konfliktfeld zwischen These und Antithese eine Synthese zu setzen. Und hier läßt er sich eine schwere Last auf. Weß geht aus von schmerzlichen Erfahrungen bei dem Versuch, im Sinne des Zweiten Vatikanums auf Gemeindeebene Hierarchie und Communio zu versöhnen (110). Das Konzil kennt aber keine Communio als Alternative zur hierarchischen Struktur; die Kirche ist *communio hierarchica*. Kann die Praxis in einer überschaubaren Gemeinde Modell für die universale Kirchenstruktur sein? Wo bleibt die Rückbindung an die Realität, wenn Weß davon ausgeht, die Amtsträger gehörten der Gemeinde an, stünden ihr aber nicht gegenüber (322)? Was ist eine „prinzipiell“ egalitäre Communio? Es folgen Wünsche, die über das geltende Recht hinausgehen: Auf der Ebene der Weltkirche ist nach Weß neben der Entscheidung des Papstes auch die Zustimmung der anderen Bischöfe notwendig. Der Papst als Haupt stehe un-

ter dem Anspruch der Einmütigkeit mit dem Bischofskollegium und nicht über diesem (446). Bei den von Weß genannten Beispielen für kollegiale Entscheidungsfindung fehlen auf der Ebene der Weltkirche allerdings die Laien (456–458). Die Verbindungsglieder zu Bistum oder Weltkirche sind Priester/Bischöfe. Sie können ihre Sicht der Gemeinde oder der Teilkirche nicht durch ein Machtwort aufzwingen. Sie müssen vermitteln, ohne dabei überstimmt werden zu können (488–491). Dieses Buch ist hinsichtlich der Therapie kritisch zu lesen. Gerade die Geschlossenheit der Konzeption fordert ein Nachfragen heraus. Weß zeichnet in seinen Lösungsvorschlägen ein ideales, teilweise abgehobenes Bild von der Gemeinde. Bietet er wirklich eine Alternative zum pyramidalen Kirchenverständnis? Oder bleibt es trotz korrigierender Vorschläge zu einem guten Teil bei einer Neuumschreibung? Für wie wahrscheinlich hält Weß eine lehramtliche Akzeptanz seines Modells und seine strukturelle Umsetzung? Welche Indizien hat er dafür, daß sein Problembewußtsein seitens der römischen Autorität nachvollziehbar ist? Trotz der offen bleibenden Fragen ein außerordentlich lesenswertes und anregendes Buch. W. B.

Xavier Tilliette: Philosophische Christologie. Eine Hinführung. Johannes Verlag Einsiedeln, Freiburg 1998. 314 S. 42,- DM.

Der Jesusbilder sind viele, und es ist eine theologische Binsenweisheit, daß das Christusbild immer auch etwas über denjenigen verrät, der sich dieses macht. Wieso sollten sich Philosophen Christus nicht als „*summus philosophus*“ vorstellen dürfen, wie Spinoza es getan hat?

Daß es in der Philosophiegeschichte nicht nur die Vorstellung von Jesus als einem Weisheitslehrer gab, sondern die Beziehungen zwischen Philosophie und christologischer Reflexion äußerst vielfältig sind, ist die These des französi-